

Migrationsrat kritisiert Politik

Rücknahme von „bösen“ Sätzen zu Zuwanderungsgesetz gefordert

VON KARL-HEINZ BAUM

Die Innenminister von Bund und Länder sollen sich möglichst schnell nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes auf die Ausführungsbestimmungen einigen. Dies forderte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Marieluise Beck (Bündnisgrüne).

BERLIN · 8. JULI · Es dürfe nicht wieder mehrere Jahre bis zur Einigung auf die Verwaltungsvorschriften im Ausländerrecht dauern, sagte Beck bei der Vorstellung des Migrationsreport, den der Rat für Migration am Donnerstag vorlegte. Sie warne davor, bei der Fassung der Vorschriften alte politische Konflikte erneut auszutragen. Das Gesetz lasse Ermessensspielraum. Dies solle als Chance genutzt werden. Es gelte die Ärmel hochzukrempeln und nach vorn zu schauen. An die Innenminister appellierte Beck, Flüchtlingen aus Afghanistan und dem Kosovo jetzt ein Bleiberecht einzuräumen. Ihre in Deutschland geborenen Kinder gingen bereits hier zur Schule.

Der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus Bade, einer der 30 im Migrationsrat zusammengeschlossenen Wissenschaftler, begrüßte das Zuwanderungsgesetz, das am heutigen Freitag im Bundesrat abschlie-

ßend beraten wird. Deutschland habe damit politisch gleichgezogen mit der tatsächlichen Entwicklung zum Einwanderungsland. Die „historische Verzögerung“ habe zu Defiziten in der Integration geführt, die nicht einseitig den Zuwanderern angelastet werden dürften. Die Deutschen sollten sich vielmehr bei den Zuwanderern bedanken, dass Integration in diesem widerwilligen Einwanderungsland ohne größere Spannungen funktioniert habe. Die Politiker sollten, da sie den politische Übereinstimmung gefunden haben, ihre bösen Äußerungen wie die von der „Einwanderung in die Sozialsysteme“ gegenüber Zuwanderern ausdrücklich zurücknehmen.

Bade forderte die politische Handelnden auf, das an der Union gescheiterte Punktesystem bald einzuführen. Nach diesem System, das andere Länder längst hätten, könnten Ausländer auch dann ins Land kommen, wenn sie keine Zusage auf einen Arbeitsplatz haben, aber bestimmte nach Punkten bewertete Voraussetzungen erfüllten. Dieses System werde angesichts der Überalterung der Bevölkerung Deutschlands bald fehlen. Bade forderte Investitionen in die berufliche Qualifikation der Zuwanderer. Kosten für Integration seien niedriger als Folgekosten der Nicht-Integration.